

Protokoll der 2. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld vom 11.08. anno 2010

Protokoll: Jan Seelhorst

Beginn: 18:20 Uhr

Redeleitung: Jonas Damian (Stellv. Vorsitz)

Ende: 20:55 Uhr

Ort: A3 - 126

Anwesendheitsliste

Bildungsstreikliste (BieLi) (1 Sitz)

Müller, Arne-Goran

Krühler, Marvin

Weber, Matthias

Althoff, Anna-Sophie

Niemeyer, Jan

Mayer, Malte

Inasaridze, Nana

C.S.U. (Chronisch Schwule Union) (1 Sitz)

Tiemann, Harald

Salehi, Mehdi

Mertens, Stephan

Ganguin, Marcel

Menacher, Martin

Lewerenz, Maik

Deutschland Wird Weltmeister* (DWW*) (1 Sitz)

Seelhorst, Jan

anwesend

ghg*ol (grüne hochschulgruppe*offene liste) (8 Sitze)

Brockhoff, Lisa

anwesend

Gel, Caner

Pruisken, Henrik

Wiegand, Alexander

Nißing, Oliver (Vorsitzender)

anwesend

Stratemann, Janosch

Caputo Crapa, Gianmarco

anwesend

Petersen, Ingwar

anwesend

Xian, Peixin

anwesend

Kleinekathöfer, Vanessa

anwesend

Vouffo, Christian

Schiebel, Jessica

anwesend

Munoz, Antu

anwesend

Youn, Mia Nina

Goedde, Sven

Schneiderei, Carmen

Waimann, Lisa

Kleinpenning, Daniela

Hamann, Britta

Hoß, Katharina

Renda, Charlotte

Stein, Luise

Reiske, Johannes

Höltje, Jan Hendrik

Meerhoff, Alexander

Kalus, Benedict	
grün*alternative linke (g*al) (3 Sitze)	
Unger, Hendrik	anwesend
Houben, Malin	anwesend
Nigbur, Anna	
Ganz, Dorothea	anwesend
Eikmeyer, Felix	
Palentin, Daniel	
Horstmann, Diether	
Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) (5 Sitze)	
Damian, Jonas (stellv. Vorsitzender)	anwesend
König, Sonja	anwesend
Zück, Johannes	anwesend
Esdar, Wiebke	zurückgetreten
Bolgen, Katharina	anwesend
Wierzyk, Martin	
Pieplau, Stefan	
Räker, Miriam	
Westermann, Till	
Feese, Daniel	
Terstegge, Jan Hendrik	
Kazas, Hasan	
Löffler, Oliver	
Reinert, Florian	
Groeger, Nils	
Sonntag, Christian	
Wend, Alexandra	
Menn, Jan	
Mürlebach, Kai	
Gloystein, Marie Luise	
KOMPASS (Kompass) (1 Sitz)	
Osinga, Christian	anwesend
Libérale Hochschulgruppe an der Uni Bielefeld (LHG) (2 Sitze)	
Bielefeld, Henning	
Wichmann, Beatrice	zurückgetreten
Afradi, Sahba Roga	
Sander, Florian	
Richter, Sebastian	
Spalek, Gregor	
Ettrich, Timo	
Piratenpartei (PIRATEN) (2 Sitze)	
Rodehuts Kors, Tobias	
Sandow, Isabelle	anwesend
Görler, Benjamin	
RCDS (RCDS Bielefeld e.V.) (2 Sitze)	
Neumann, Christoph	
Meyer, Niklas	
Aslan, Theodora	
Tielbürger, Niels	
Hunkenschröder, Markus	
Dowe, Florian	
Grotjohann, Niels	
Noweck, Julian	
Eichert, Cornelia	
Meier, Thorben	
Stüber, Richard	

Völker, Sönke
Deniz, Demet
Kielisch, Annika Mareike
Mokolys, Sabrina
Hinderer, Mirjam
Hermann, Martin
Stefanik, Richard

:uniLinks!_r.o.s.a. (:uniLinks!_r.o.s.a.) (3 Sitze)

Zakowski, Lena

Buckermann, Paul

Krenz-Dewe, Daniel

Heidbreder, Marthe

Diercks, Malte

Adolph, Benjamin

Wolf, Nelly

Banihaschemi, Susan

Knieper, Britta

Hermann, Johanna

Mogultay, Berivan

Lippelt, Maike

Lemme, Sebastian

Warntjen, Lucas

Wille, Frank

Clark, Zoe

Muhle, Florian

Landsberg, Malissa

Gieseke, Karl

Westkamp, Johannes

Kolodzig, Katja

van Gellekom, Maarten

Schmidt, Jonas

Stockrahm, Nicole

Röhrbein, Florian

Blanz, Elisabeth

Jünemann, Philipp

Hochner, Sara

Koch, Lars

Kieling, Dennis

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Jonas Damian (Stellv.Vorsitzender) begrüßt die wenigen Anwesenden und freut sich auf die Sitzung.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Einladung

Die Sitzungsleitung zählt 17 anwesende Mitglieder des Studierendenparlamentes, die sich allesamt ordnungsgemäß eingeladen fühlen. Die Beschlussfähigkeit ist folglich gegeben.

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

Hendrik Unger (g*al) schlägt **Jan Seelhorst (DWW*)** als Protokollanten vor. Es regt sich einiges Gemurmel, aber kein offener Widerspruch, so dass Jan das Protokoll schreibt.

d) Feststellung der Tagesordnung

Malin Houben (g*al) fragt an, ob sich jemand zur Wahl als AStA-Vorsitz stellen wolle. Als dies von allen Anwesenden verneint wird beantragt sie die Streichung des Tagesordnungspunktes, was ohne Gegenrede angenommen wird.

Antu Munoz (ghg*ol) fragt an, welchen Status der ISR habe und wie sich dies auf etwaige geplante Satzungsänderungen auswirken würde. Ihm wird aus dem Plenum zu verstehen gegeben, das zwar grundsätzlich das Studierendenparlament für die Satzung des ISR zuständig sei, es aber Usus sei, den Vorschlägen von Vollversammlungen der ausländischen Studierenden zu folgen.

Hiernach wird die Tagesordnung wie folgt festgestellt:

TOP 1 : Formalia

TOP 2 : Protokollgenehmigungen

TOP 3 : Wahl einer/eines stellvertretenden StuPa-Vorsitzes

TOP 4 : Gäste

TOP 5 : Änderungen von Satzungen und Ordnungen

TOP 6 : Bericht des StuPa-Vorsitzes

TOP 7 : Bericht des AStA

TOP 8 : Berichte aus Senat und Kommissionen

TOP 9 : Bestätigungen der Referentinnen und Referenten der autonomen Referate und des ISR

TOP10: Wahlen und Nominationen für StuPa-Ausschüsse und Kommissionen

TOP11: Anträge

TOP12: Sonstiges

TOP 2: Protokollgenehmigungen

Es wurden die Protokolle der 8. Sitzung des 36. und der 1. Sitzung der 37. Studierendenparlamentes mit verschickt.

Zum Protokoll der 1. Sitzung gibt es einige kleine stilistische Änderungen, die vom Protokollanten allesamt übernommen werden, woraufhin das Protokoll abgestimmt wird

Genehmigung des Protokolls der 01. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes.

Ja: 15

Nein: 0

Enthaltung: 1

genehmigt

Das Protokoll der 1. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes ist damit verabschiedet worden.

Zum Protokoll der 8. Sitzung wird festgestellt, dass es bereits mehrmals vorgelegt wurde, aber trotz vielfältiger Kritik keine Verbesserungen durch die Protokollantin vorgenommen worden seien.

Hendrik Unger (g*al) beschwert sich, dass auch Monate nach der Sitzung das Protokoll noch immer eine formale, orthographische und inhaltliche Katastrophe sei.

Christian Osinga (kompass) stellt klar, dass die AE für ein abgestimmtes Protokoll gezahlt wird und das vorliegende weder abgestimmt noch abstimmungsfähig sei. Man müsse über die Bezahlung reden.

Es wird vorgeschlagen, ein letztes Mal guten Willen zu zeigen und die Protokollantin auf ihre Fehler hinzuweisen. Bei der nächsten Sitzung solle dann endgültig über die Bezahlung und den Umgang mit Situationen gesprochen werden, in denen wiederholt fehlerhafte Protokolle vorgelegt

werden.

In dem Zusammenhang kommt die Frage auf, was denn sei, wenn kein Protokoll abgestimmt würde. Daraufhin wird die Idee geäußert, das Kurzprotokoll zu verabschieden.

Johannes Zück (Juso-HSG) äußert den Wunsch, die Protokollantin noch einmal mit ihrem Protokoll zu konfrontieren. Außerdem möchte er die bisher ausgezahlte AE zurückfordern. Diese Idee wird vom Plenum zwiespältig gesehen, aber nicht endgültig entschieden.

Man kommt darüber überein, das Protokoll nicht abzustimmen und erneut zu vertagen.

TOP3: Wahl einer/eines Stellvertretenden StuPa-Vorsitzenden

Es gibt keine neuen Vorschläge, wodurch sich eine Wahl erübrigt.

TOP4: Gäste

Es sind keine Gäste anwesend.

TOP5: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wird vom Vorsitz festgestellt, dass keine erforderliche Mehrheit zustande kommen könne, da keine 20 Mitglieder anwesend sind. Nach einer kurzen Besinnungsphase des Vorsitzes entwickelt sich jedoch die Meinung, dass zumindest die Wahlordnung des ISR nur eine einfache Mehrheit benötigt. Diese könne demnach zumindest diskutiert und ggf. auch abgestimmt werden. Die Änderungen bezüglich der Satzung und der Geschäftsordnung sind jedoch nicht möglich.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) kritisiert, dass es grundsätzlich schöner sei Satzungsänderungen in der Vorlesungszeit zu beschließen, da zu dieser Zeit zumeist mehr Mitglieder auch teilnehmen könnten.

Malin Houben (g*al) stellt klar, dass der ISR autonom sei und deswegen wählen können solle wann und wie er möge, aber eine einmalige Änderung eine Aufweichung der gesamten Ordnung darstellen würde.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) stimmt dem zu, fügt jedoch an, dass es als einmaliger Ausrutscher auf Grund der Zeitspanne machbar sein sollte, um überhaupt eine Wahl des ISR zu ermöglichen. Daraufhin wird folgende Änderung der Wahlordnung des ISR abgestimmt

Satzung des ISR §27 neu

(1) In der Wahlperiode 2010/2011 findet die Wahl des ISR außerordentlich in der vorlesungsfreien Zeit im Zeitraum vom 16. bis 18. August statt.

(2) Die Vorschriften über das Wahlverfahren finden auf diese Wahl, soweit möglich, Anwendung.

(3) Abweichend von §3 Abs. 3 Satz 2 der Wahlordnung, kann der Wahlausschuss beschließen, dass eine Briefwahl zugelassen wird.

(4) Diese Vorschrift tritt mit Ablauf der Wahlperiode 2010/2011 außer Kraft.

Ja: 15

Nein: 1

Enthaltung: 1

Die Satzung des ISR ist somit geändert.

TOP6: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Oliver Nißing (StuPa-Vorsitz) berichtet, dass der auf der letzten Sitzung beschlossene Antrag bezüglich Der Wagabanda dahingehend erledigt sei, dass die Wagabanda wie gewünscht an ihrem derzeitigen Ort bleiben könne und dafür der sie gefährdende Radweg verlegt werden solle.

Hendrik Unger (g*al) ergänzt, dass Gleiches auch für den Antrag in Bezug auf das Kulturkombinat Kamp gelte, da dieses zumindest noch ein weiteres Jahr in den derzeitigen Räumlichkeiten am Niedermühlenkamp bleiben könne.

TOP7: Bericht des AStA

Lisa Brockerhoff (Referentin für Hochschulpolitik) berichtet, dass uni-intern nicht besonders viel los gewesen sei, bis auf ein wenig Arbeit am Studieren in Bielefeld (StiB). Außerdem habe das Rektorat das Konzept bzgl. der Individuellen Ergänzung dahingehend eingeschränkt, dass es jetzt nur noch eingeschränkte Wahlmöglichkeiten gebe. Sie berichtet weiter, dass auf der Mitgliederversammlung des fzs ein neuer Vorsitz gewählt und der übliche Schwung Papierkram abgestimmt worden sei. Hierbei habe es aber nicht wirklich Spektakuläres gegeben. Sie berichtet noch von einer längeren Diskussion im Plenum der MV, in deren Folge beschlossen worden sei, das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) weiterhin zu unterstützen und im Gegenzug die BahnCard 100 für einen der Vorsitzenden zu streichen. Sie kündigt an, sämtlich verabschiedeten Positionspapieren noch über den Gremienverteiler zu verschicken, um den ParlamentarierInnen ein vertieftes Studium der Positionen des Dachverbandes zu ermöglichen.

Jonas Damian (Juso-HSG) fragt nach, ob der AStA es für nötig halten würde Protokolle zu verabschieden.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) berichtet vom letzten LandesAStenTreffen (LAT), auf dem eine neue Koordination (LAT-KO) gewählt worden sei. Ansonsten sei relativ wenig passiert, allerdings habe die Studierendenschaft der Universität Bielefeld im Vergleich ein relativ gutes System zur Vergabe von Sozialdarlehen. Zum Abschluss verspricht er ernsthaftes Bemühen des gesamten AStAs um zukünftig Protokolle zeitnah zu schreiben und zu verabschieden.

Malin Houben (g*al) fragt nach bzgl. des neuen LAT-KOs, da dieser aus Aachen käme und die dortigen politischen Verhältnisse kritisch zu betrachten wären.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) antwortet, dass der neue LAT-KO Mitglied der dortigen Grünen HSG und seines Wissens nach kein Burschenschaftler oder ähnliches sei.

Jonas Damian (Juso-HSG) fragt noch einmal nach den Protokollen. Seit März habe es 21 Sitzungen gegeben, es existierten aber lediglich sieben Protokolle. Das sei inakzeptabel und es passiere nichts.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) antwortet, dass er die Protokolle schreibe und bei den anderen AStA-Mitgliedern noch einmal nachhaken würde.

Lisa Brockerhoff (Referentin für Hochschulpolitik) ergänzt, dass sie dazu nichts sagen könne.

Johannes Zück (Finanzreferent) berichtet, dass er viel Tagesgeschäft gemacht und schon mal seinen potentiellen Nachfolger eingearbeitet habe. Außerdem berichtet er, dass der Ausfall bei den Sozialdarlehen im Vergleich zu anderen Hochschulen in NRW äußerst gering und die letzte Niederschlagung (nicht mehr einforderbare Außenstände) über ein Jahr her sei.

Malin Houben (g*al) fragt nach, ob es Überlegungen in der Hinsicht gebe, die Auszahlungsmodalitäten der Aufwandsentschädigungen zu ändern.

Johannes Zück (Finanzreferent) antwortet, dass die Art und Weise der Auszahlung dem Finanzamt nach eigener Aussage egal sei und deswegen kein Handlungsbedarf bestehe. Gleiches gelte inzwischen auch für die Würdenträger der Universität. Er meint, dass man da was tun könnte, aber nicht zwingend müsste.

Max Schneider berichtet aus der Öko-Abteilung, dass das Bio-Einkaufskollektiv nun gestartet sei und der AStA Bestellungen entgegen nehme. Es gebe auch erste InteressentInnen und der Zuspruch

sei positiv, auch wenn noch Details geklärt werden müssten. Es solle auch noch eine Informationsmail über den Studierenden-Verteiler geben.

Hendrik Unger (g*al) regt in dem Zusammenhang an, doch vielleicht zu denken bevor man handelt und sämtliche Details zu klären, bevor für eine Sache geworben wird.

Oliver Nißing (ghg*ol) berichtet zur Klage gegen den Hochschulrat. Hier sei die Stellungnahme zur Klageerwiderung raus geschickt worden und das Ganze ziehe sich hin.

Hendrik Unger (g*al) fragt an, ob die neue Landesregierung daran erinnert worden wäre, dass in den Wahlprogrammen der neuen Landesregierung die Abschaffung der Hochschulrates versprochen worden wäre.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) antwortet, dass das Thema auf dem LAT gewesen sei und man diesbezüglich aktiv werden wolle.

Malin Houben (g*al) bittet den AStA, sich die Plakate vor und an der Tür zum Pool regelmäßig anzuschauen und politisch nicht gewollte Inhalte der Zensur zuzuführen.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) antwortet daraufhin, dass die AStA-Zensur eigentlich funktioniere und auch schon Rechnungen wegen Entsorgungskosten verschickt worden seien. Man werde dies fortsetzen.

Lisa Brockerhoff (Referentin für Hochschulpolitik) berichtet abschließend, dass die Forderungen der Stadt wegen Reinigungskosten im Zuge der Bildungsstreik-Mobilisierung zurückgezogen worden seien.

TOP8: Berichte aus Senat und Kommissionen

Max Schneider berichtet von einem Fall in der Erweiterten LeKo der Fakultät für Soziologie, die sich nach einer Tischvorlage für die Finanzierung einer bereits bestehenden und bisher aus Rektoratsmitteln finanzierten halben Professur aus Studiengebühren ausgesprochen hat. Die studentischen Mitglieder hätten sich überrollt gefühlt und sahen keine andere Möglichkeit als zuzustimmen, da die Alternative zur Finanzierung der Professur aus Studiengebühren mehrere Lehraufträge aus Fakultätsmitteln gewesen sei. Dadurch wäre seiner Auffassung nach ein Qualitätsverlust in der Lehre einher gegangen. Nun stehe man aber vor dem Problem, dass die Pflichtlehre qualitativ gleich bleibe, aber aus Studiengebühren finanziert würde.

Katharina Lohmann ergänzt, dass das Rektorat erst abends vorher die weitere Finanzierung der Professur gestrichen habe und somit das Dekanat gezwungen gewesen sei, den Antrag zu stellen. Man habe vor der Alternative gestanden, die Professur zu bezahlen oder mit Einschränkungen in der Qualität der Lehre zu leben.

Hendrik Unger (g*al) führt an, dass der Wegfall der Professur seit mehreren Semestern absehbar gewesen sei und das Rektorat sich hätte anders verhalten können. Es sei schlicht eine Frechheit vom Rektorat, sich so zu verhalten. Dies müsse dringend vom AStA öffentlich gemacht werden.

Max Schneider fragt nach, ob das ganze Vorgehen überhaupt rechtlich zulässig sei, da es sich ja unzweifelhaft um Pflichtlehre handelt.

Malin Houben (g*al) regt an, mal unverbindlich mit einem Anwalt darüber zu reden und eine Klage in Erwägung zu ziehen. Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit sei aber dennoch unverzichtbar.

Jonas Damian (Juso-HSG) fragt daraufhin nach, beim wem denn die Kommission nun den Schwarzen Peter sehe. Grundsätzlich sei die Beteiligung sowohl des Rektorats wie des Dekanats an dem Vorgehen Grund genug, gegen beide Stimmung zu machen.

Katharina Lohmann antwortet, dass sie die Schuld beim Rektorat sehe, da das Dekanat von der Situation ebenfalls überfallen worden sei und nicht anders hätte reagieren können.

Max Schneider möchte nicht nach einem Schuldigen suchen, sondern fragt nochmal nach der Zulässigkeit des Verfahrens. Er berichtet von einem Gespräch zwischen Fachschaft und Dekanat, bei dem man sehr anständig miteinander über die Sache geredet habe. Er sieht die Studierenden in einer Zwickmühle.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) widerspricht, da eine Person mit einem Lehrauftrag nicht automatisch schlechter lehre als einE ProfessorIn, da diese grundsätzlich eher für gute Forschung statt für gute Lehre angestellt seien. Sie signalisiert Bereitschaft, durch und mit dem AStA sowohl rechtliche wie auch öffentlichkeitswirksame Schritte einzuleiten.

Hendrik Unger (g*al) stellt klar, dass das Rektorat auf jeden Fall verantwortlich sei, da bisher deren Mittel für die Finanzierung eines stark ausgestatteten Lehrstuhls da gewesen seien und es dadurch weiterhin für die Finanzierung zuständig sei.

Max Schneider fragt sich, ob da zweigleisig gefahren werden solle. Er glaube nicht, dass die beteiligten Studierenden gegen eine Professur stimmen würden, wenn der Ersatz aus Lehraufträgen bestehen würde.

Jessica Schiebel (ghg*ol) bezweifelt nochmal den Zusammenhang zwischen Wegfall einer Professur und Verschlechterung der Lehre. Außerdem kritisiert sie die beteiligten Studierenden, dass sie nicht direkt entschlossen gegen den Antrag gestimmt hätten.

Antu Munoz (ghg*ol) regt an, mit der Diskussion weiteren Vorgehen zu bleiben und nicht über Schuldfragen zu diskutieren.

Katharina Lohmann klärt daraufhin noch einmal auf, dass sich die Studierenden überrannt gefühlt hätten und man sich einfach nicht sicher gewesen sei, was zu tun wäre. Außerdem stehe für einen Teil der studentischen VertreterInnen die Qualität der Lehre und nicht die Quelle des Geldes im Vordergrund. Sie sehe schon einen Zusammenhang zwischen einer Professur und besserer Lehre.

Jonas Damian (Juso-HSG) sieht darin hierarchisches Denken. Er stimmt Antu zu und möchte gerne überlegen, ob ein Antrag gestellt werden oder man das zurück an die zuständigen Studierenden in der Fakultät geben sollte.

Daraufhin stellt das Plenum fest, dass es nicht genau wisse, was Max genau möchte. Max antwortet, dass er gerne wissen wolle, was für Möglichkeiten die Studierenden der Fakultät hätten.

Malin Houben (g*al) entgegnet, dass sie sich freue, dass das StuPa informiert wurde und formuliert den Antrag:

„Das StuPa lehnt die Finanzierung von Lehrpersonal für das grundständige Lehrangebot aus Studiengebühren ab und fordert sämtliche EntscheidungsträgerInnen der Universität auf, dem zu folgen. Der AStA möge in diesem Zusammenhang geeignete Öffentlichkeitsarbeit leisten.“

Oliver Nißing (ghg*ol) klärt auf, dass er keine grundsätzliche Unzulässigkeit einer Tischvorlage sieht, eine erneute Behandlung inkl. neuer Beschlussfassung in der Erweiterten Lehrkommission jedoch möglich sei.

Sonja König (Juso-HSG) berichtet von einem Fall aus der Fakultät für Gesundheitswissenschaften in dem man mit geballten studentischen Kräfte die Einführung einer Professur aus Studiengebühren verhindern konnte. Dies sei aber nur mit viel Überzeugungsarbeit und Geschlossenheit erreicht worden.

Hendrik Unger (g*al) lenkt die Aufmerksamkeit nochmal auf das seiner Meinung nach skandalöse Verfahren mit Tischvorlage, schneller Beschlussfassung und Verabschiedung. Man brauche nicht über irgendein weiteres Verfahren zu reden, sondern sollte das Rektorat öffentlich unter Druck setzen, da nur dies wirklich zum Erfolg führen könne.

Es wird kurz darüber diskutiert, ob der zweite Satz wirklich notwendig sei. Dies würde dem Antrag viel seiner Aussagekraft nehmen, da es das Vorgehen zur Realisierung gleich mit beinhalte.

Demgegenüber wird angeführt, es sei originäre Aufgabe des Studierendenparlamentes, dem AStA zu sagen, was er zu tun habe.

Jessica Schiebel (ghg*ol) stellt daraufhin den Änderungsantrag:

– Streiche den zweiten Satz.

Oliver Nißing (ghg*ol) unterstützt diese Änderung und begründet seine Meinung mit dem oben angeführten Argument.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) möchte beide Anträge trennen.

Malin Houben (g*al) bleibt bei ihrem ursprünglichen Antrag, so dass zuerst der Änderungsantrag abgestimmt wird.

„Streiche den zweiten Satz.“

Ja: 9 Nein: 6 Enthaltung: 2

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

Daraufhin wird der ursprüngliche, jetzt geänderte Antrag abgestimmt.

„Das StuPa lehnt die Finanzierung von Lehrpersonal für das grundständige Lehrangebot aus Studiengebühren ab und fordert sämtliche EntscheidungsträgerInnen der Universität auf, dem zu folgen“

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Katharina Bolgen (Juso-HSG) berichtet von einer sehr langen Sitzung der Lehrkommission bei der VertreterInnen verschiedenster Fakultäten anwesend waren, um über die fächerspezifischen Bestimmungen der neuen Studiengänge zu reden. Es habe viele Probleme mit dem individuellen Ergänzungsbereich gegeben, da dieser besonders in den Naturwissenschaften stark eingeschränkt worden sei. Außerdem gebe es immer noch viele Vorschläge, die eine Unzahl an Prüfungsleistungen beinhalteten. Sie bedauert, dass es wohl nicht Aufgabe der Lehrkommission sei, die Vorschläge eigenständig abzulehnen, sondern nur Kritik zu üben und auf Verständnis zu hoffen.

15 Minuten Fraktionspause DWW* bis 20:05

Jonas Damian (Juso-HSG) ergänzt Katharinas Bericht dahingehend, dass er sich Fehl am Platze gefühlt habe, da er häufig nur zum Abnicken der Vorschläge gefragt worden sei. Außerdem sei er von den FächervertreterInnen nicht Ernst genommen und von vorne herein als kompetenzlos erachtet worden. Die Redeleitung habe außerdem eine wirkliche Diskussion in Hinblick auf die lange Tagesordnung nicht zugelassen. Das Konzept der Kommission sei überholt.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) fragt nach, ob die BPO (Bachelor PrüfungsOrdnung) abgestimmt worden sei. Dies wird verneint, es habe nur eine erste Lesung gegeben.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass die nächste Sitzung am 13.09. statt finden wird, die Verschiebung für die BPO aber schon am 20. statt finden solle. Es stellt sich die Frage ob etwaige Änderungen noch aufgenommen werden könnten.

TOP 9: Bestätigungen der ReferentInnen der autonomen Referate und des ISR

Es liegen keine Nominationen vor.

TOP 10: Wahlen und Nominationen für StuPa-Ausschüsse und Kommissionen

Die g*al nominiert Felix Eikmeyer als stellvertretendes Mitglied in die Satzungskommission.

Die Juso-HSG nominiert Wiebke Esdar für den Ältestenrat.

TOP 11: Anträge

Johannes Zück (Juso-HSG) stellt einen Antrag der Juso-HSG vor, in dem das Studierendensekretariat aufgefordert wird, den Rückmeldezeitraum wieder nach hinten zu verschieben und für den derzeitigen Rückmeldezeitraum auf eine Verspätungsgebühr zu verzichten. Der Antrag im Wortlaut lautet wie folgt:

„Das StuPa fordert das Rektorat auf, dass die Gebühr von 10 Euro für eine verspätete Rückmeldung nicht gezahlt werden muss!

Weiter möchte das StuPa wissen, warum die Verwaltung eine Rückmeldung zum Wintersemester bereits mit Ende der Vorlesungszeit des Sommersemesters benötigt. Wir fragen uns, warum der Verwaltungsaufwand so groß ist, dass zwei Monate gebraucht werden, um die Studierendenausweise zu drucken und zu verschicken.

Die aktuelle Zeit zwischen Rückmeldung und Erhalt der Unterlagen, beträgt in den meisten Fällen nur ca. zwei Wochen! Der frühe Rückmeldezeitpunkt (31.07.) ist schlecht gewählt, da viele Studierende in der vorlesungsfreien Zeit arbeiten müssen, um die Studiengebühren überhaupt zahlen zu können.

Hier ist ein weiterer, und hoffentlich letzter Schritt vor der Abschaffung der Studiengebühren durch die neue Landesregierung, unternommen worden, welcher Studiengebühren noch sozial unverträglicher macht. Daher muss die Gebühr von 10 Euro ausgesetzt werden.“

Jessica Schiebel (ghg*ol) berichtet daraufhin von Gesprächen mit dem Studierendensekretariat, in denen herauskam, dass die aktuellen Fristen die üblichen seien, etwaige Veränderungen in den letzten Semestern seien Ausnahmen gewesen.

Hendrik Unger (g*al) stellt zwei Änderungsanträge:

–Ändere im letzten Satz das Wort „ausgesetzt“ in „abgeschafft“.

–Füge im Vorletzten Satz hinter „...unverträglicher macht.“ den Halbsatz „...,da der Zeitraum zum Aufbringen der für die Einschreibung notwendig finanziellen Mitteln weiter verknapppt würde“.

Johannes Zück (Juso-HSG) übernimmt den ersten Änderungsantrag, den zweiten jedoch nicht.

Jan Rick (AstA-Vorsitz) stellt einen Änderungsantrag an den Änderungsantrag:

–Füge hinter „...abgeschafft“, den Halbsatz „und für dieses Wintersemester bezahlte Gebühren zurückgezahlt werden“

Johannes Zück (Juso-HSG) übernimmt den Änderungsantrag.

Hendrik Unger (g*al) zieht seinen zweiten Änderungsantrag zurück und stellt den neuen Änderungsantrag:

–Ändere „Rektorat“ in „die zuständigen Stellen der Universität Bielefeld“.

Johannes (Juso-HSG) übernimmt auch diesen Änderungsantrag, woraufhin der Antrag nun in der geänderten Form abgestimmt wird:

„Das StuPa fordert die zuständigen Stellen der Universität auf, dass die Gebühr von 10 Euro für eine verspätete Rückmeldung nicht gezahlt werden muss!

Weiter möchte das StuPa wissen, warum die Verwaltung eine Rückmeldung zum Wintersemester bereits mit Ende der Vorlesungszeit des Sommersemesters benötigt. Wir fragen uns, warum der Verwaltungsaufwand so groß ist, dass zwei Monate gebraucht werden, um die Studierendenausweise zu drucken und zu verschicken.

Die aktuelle Zeit zwischen Rückmeldung und Erhalt der Unterlagen, beträgt in den meisten Fällen nur ca. zwei Wochen! Der frühe Rückmeldezeitpunkt (31.07.) ist schlecht gewählt, da viele Studierende in der vorlesungsfreien Zeit arbeiten müssen, um die Studiengebühren überhaupt zahlen zu können.

Hier ist ein weiterer, und hoffentlich letzter Schritt vor der Abschaffung der Studiengebühren durch die neue Landesregierung, unternommen worden, welcher Studiengebühren noch sozial unverträglich macht. Daher muss die Gebühr von 10 Euro abgeschafft werden und für dieses Wintersemester bezahlte Gebühren zurückgezahlt werden“

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Gianmarco Caputo Crapa (ghg*ol) stellt im Anschluss einen Antrag der Grüne Hochschulgruppe vor. Dieser lautet im Wortlaut:

„ Das Studierendenparlament fordert die Universität auf, beim Einkauf und der Entsorgung von Informationstechnologie auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen zu achten und dies in ihre Kaufentscheidung mit einzubeziehen. Falls dies dezentral nicht möglich ist, muss hier eine Neukoordinierung/Neuordnung der Einkaufsstrukturen erfolgen. “

Malin Houben (g*al) äußert daraufhin, dass ein „darauf achten“ nicht ausreichend sei, sondern derlei hergestellte Produkte gezielt zu bevorzugen wären.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) antwortet darauf, dass dies schwer durchzusetzen sei, da es keinerlei dementsprechende Siegel oder ähnliches gebe und es für Abnehmer deshalb schwer sei, entsprechende Angaben zu überprüfen.

Malin Houben (g*al) sagt noch einmal, dass ihr die Formulierung „darauf achten“ zu schwach sei. Vielmehr sei entsprechendes Handeln gefordert. Ihr fehle jedoch gerade die richtige Formulierung für einen entsprechenden Änderungsantrag.

Jonas Damian (Juso-HSG) merkt an, dass das Rektorat durchaus in der Lage sei, zwischen den Zeilen zu lesen und sich entweder für oder gegen den Antrag zu entscheiden.

Fraktionspause g*al bis 20:45 Uhr

Gianmarco Caputo Crapa (ghg*ol) ändert seinen eigenen Antrag:

-Füge als letzten Satz hinzu: *„Die Kriterien sind öffentlich zu machen.“*

Malin Houben (g*al) stellt den Änderungsantrag:

–Ändere den ersten Satz in „Das StuPa fordert das Rektorat auf, bei der Produktion, dem Einkauf, dem betrieb und der Entsorgung von Informationstechnologie nach Kriterien der Sozialverträglichkeit, der Ressourcenschonung und der ökologischen Nachhaltigkeit vorzugehen.“

Gianmarco Caputo Crapa (ghg*ol) übernimmt die Änderung, woraufhin der geänderte Antrag in seiner Gesamtheit abgestimmt wird:

„Das StuPa fordert das Rektorat auf, bei der Produktion, dem Einkauf, dem Betrieb und der Entsorgung von Informationstechnologie nach Kriterien der Sozialverträglichkeit, der Ressourcenschonung und der ökologischen Nachhaltigkeit vorzugehen. Falls dies dezentral nicht möglich ist, muss hier eine Neukoordinierung/Neuordnung der Einkaufsstrukturen erfolgen. Die Kriterien sind öffentlich zu machen“

Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Johannes Zück (Juso-HSG) stellt den Antrag auf Neuverkündung verschiedener Ordnungen, da es ein Ärgernis sei, sich jedes mal die Änderungen zusammen suchen zu müssen.

Hendrik Unger (g*al) entgegnet, dass die Satzungscommission in dieser Legislatur ernsthaft arbeiten möchte und ggf. noch weitere Änderungsvorschläge kommen würden. Er bitte deshalb darum, den Antrag vorläufig zurück zu ziehen.

Oliver Nißing (ghg*ol) ergänzt, dass es sicherlich für die nächste Wahl sinnvoll wäre, die Wahlordnung neu zu verkünden. Die Idee gehe aber dahingehend, alles neu zu verkünden.

Malin Houben (g*al) fügt an, dass die redaktionelle Arbeit einer änderungsfreien Verkündung ja eigentlich nicht schädlich sei und man das auch mehrmals tun könne.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) meint, dass die ressourcenschonendste Lösung wäre, möglichst wenige Neuverkündungen zu machen.

Johannes Zück (Juso-HSG) schließt sich dem an.

Jan Rick (AStA-Vorsitz) stellt klar, dass das Verkündungsblatt an viele offizielle Stellen der Uni gehe und deswegen jede Neuverkündung Bäume töte.

Johannes Zück (Juso-HSG) zieht den Antrag daraufhin zurück, bittet jedoch darum, bei Änderungen grundsätzlich auch Neuverkündungen anzustreben.

TOP 12: Sonstiges

Antu Munoz (ghg*ol) bittet darum, den ISR mit in den Verteiler für StuPa-Einladungen explizit aufzunehmen. Dem wird entsprochen.

Ende: 20:55 uhr